

Aktuelle Post

aus dem Kreistag (25)



6. März 2025

Sehr geehrte Leser:innen!

Liebe Freund:innen! Liebe Genoss:innen!

Die erste Kreistagssitzung im Jahr 2025 verabschiedete am 5. März den Haushalt des Wetteraukreises für die Jahre 2025/2026. Dieser Haushalt ist mit 650 Millionen Euro der umfangreichste Etat, den der Kreistag jemals beschlossen hat.

Doch die fetten Jahre sind vorbei. In der vergangenen Dekade gab es Haushalte mit deutlichen Überschüssen. Jetzt rechnet man mit 50 Millionen Defizit. Für die dringend notwendigen Investitionen werden 280 Millionen Euro an Krediten aufgenommen. Und dazu kommen Liquiditätskredite, für die laufenden Aufgaben. Dem Wetteraukreis geht es, wie 80 Prozent der anderen Landkreise und den meisten Städten und Gemeinden: Alle Rücklagen sind inzwischen aufgebraucht. In Hessen hatte 2024 nur noch ein einziger Landkreis einen ausgeglichenen Haushalt.

Wie wird es nun in Zukunft weiter gehen? Was wird aus dem Gesundheitszentrum Wetterau (GZW)? Kann es zukünftig weiter finanziert werden? Was ist mit der frisch beschlossenen kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft? Wird sie so leistungsfähig werden, dass neuer Wohnraum entsteht?

Darüber berichten wir in der heutigen Ausgabe:

1. Die Rede der Fraktion DIE LINKE. zum Haushalt 2025/2026 und drei Haushaltsanträge: Die kreiseigene WoBau finanziell so ausstatten, dass sie bauen kann. Eine Notunterkunft für obdachlose Menschen schaffen. Höhere Zuschüsse für die öffentlichen Wetterauer Musikschulen.
2. FDP-Antrag: Novellierung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO)
3. Anträge zur Unterstützung der Forderung des Landkreistages nach einer besseren Finanzierung der Kommunen
4. Anträge AfD und Heimat (NPD): Zustrombegrenzung / Remigration

RÜCKLICHT



Demonstration für Demokratie in Friedberg am 21. Februar 2025: Man kann keine abstrakte Demokratie schützen. Demokratie ist nicht losgelöst von den Lebensbedingungen der Menschen. Demokratische Rechte wurden erkämpft, um zu garantieren, dass alle am gesellschaftlichen Leben und am erarbeiteten Reichtum teilhaben können. Wer Gesetze macht, die zu Sozialabbau und Armut führen, dient

nicht der Demokratie. Wer Niedriglöhne, erlaubt, die nicht zum Leben reichen, braucht von Demokratie nicht zu reden. Wer das Geld für Hochrüstung ausgibt, statt für Bildung, Gesundheitsversorgung oder Klimaschutz, verteidigt nicht die Demokratie. Die grundlegende und geradezu revolutionäre Idee der Demokratie setzt auf die Gleichheit aller Menschen. Wir haben es satt, dass sich Politiker:innen als Demokraten gerieren, während sie auf breiter Front demokratische Grundlagen aushebeln.

Zu Gast in der Wetterau: Gabriele Krone-Schmalz

Zwischen Russland und dem Westen herrscht Eiszeit. Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 sind die ohnehin abgekühlten Beziehungen auf einem historischen Tiefpunkt angelangt und scheinen auf lange Sicht irreparabel zu sein. Deutschland rüstet auf. Diplomatische Konfliktlösungen werden nicht in Betracht gezogen. Nichtsdestotrotz ist eine neue europäische Friedensordnung erforderlich, die Russland mit einschließt. Das Land ist Teil unseres Kontinents.

Wie konnte es so weit kommen, nachdem die Ost-West-Konfrontation Ende der 80er Jahre überwunden schien? Wie lässt sich die Eskalationsspirale stoppen? Welche Rolle kann Diplomatie spielen? Helfen Sanktionen? Was ist mit den Waffenlieferungen? Welche Perspektiven sind denkbar? Wie weit ist die Gesellschaft in der Unterstützung der Ukraine bereit zu gehen, wenn damit den eigenen Interessen geschadet wird, sowohl wirtschaftlich als auch mit Blick auf Frieden?

Der **Rosa-Luxemburg-Club Wetterau** und die **Wetterauer Aktion Frieden** laden zu dieser Veranstaltung ein.

Der Eintritt ist kostenlos. Eine Spende ist erwünscht.

Gabriele Krone-Schmalz

EISZEIT
Russland - und wie weiter?

11. März 2025, 19 Uhr
Stadthalle Friedberg

ROSA LUXEMBURG CLUB WETTERAU

Der Eintritt ist kostenlos. Spenden sind erwünscht. Weitere Fragen stellen Sie bitte an: email: Rosa.Lux.Club.Wetterau@gmail.com

Wetterauer Aktion Frieden

Beschluss des Haushalts 2025/2026

Der umfangreiche Haushaltsentwurf ist bereits am 18. Dezember 2024 vorgelegt worden. Die Fraktionen konnten in den Ausschüssen des Kreistags und auch schriftlich dazu Fragen stellen. Ein Zahlenwerk von fast 1000 Seiten, ist nicht ganz so einfach zu verstehen.

Zur Sitzung am 5. März haben die meisten Parteien Änderungsanträge eingebracht. Nach einer „Generaldebatte“ wurde der Haushalt mit der Mehrheit der Koalition aus SPD und CDU beschlossen.

DIE LINKE. Fraktion hat sich diesmal enthalten. Wir sind mit vielem nicht einverstanden.

Aber uns war wichtig, dass die Mittel für das GZW und die erste Stufe der WoBau im Haushalt abgesichert wurden. Auch die Investitionen in den Schulbau unterstützen wir. Noch hat der Kreis keine wirklich einschneidenden Kürzungen geplant und ist bereit, für diese Investitionen Kredite aufzunehmen. Wir wissen: Das wird nicht so bleiben! Doch wir stehen vor Kommunalwahlen.

Da will man zumindest für das Jahr 2025 keinen Rotstift ansetzen. Nach der Wahl kann dann ja immer noch ein Nachtragshaushalt eingebracht werden. So das Kalkül.

DIE LINKE. Haushaltsrede

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

Sie haben einen Haushalt von 650 Millionen Euro für die nächsten zwei Jahre vorgelegt und rechnen in etwa mit 50 Millionen Euro Minus. Um weiterhin die dringend notwendigen Investitionen tätigen zu können, wollen Sie 260 Millionen Euro an Krediten aufnehmen. Um laufende Ausgaben erfüllen zu können, benötigen Sie hohe Liquiditätskredite. Das ist nötig, denn Rücklagen, auf die man zurückgreifen könnte, hat der Wetteraukreis nicht mehr.

In den vergangenen Jahren gab es Haushalte mit deutlichen Überschüssen. Da wurde jedoch ein Schwerpunkt auf Schuldentilgung gelegt, statt alles zu investieren – nicht nur in Schulen, sondern auch in den sozialen Wohnungsbau. Jetzt geht es dem Wetteraukreis wie 80 Prozent der Landkreise und auch den meisten Städten und Gemeinden: Alle Rücklagen sind inzwischen aufgebraucht. Nur ein einziger Landkreis in Hessen wies 2024 kein Defizit aus.

Sie, meine Damen und Herren der Kreisspitze, reagieren mit einer 5-prozentigen generellen Haushaltskürzung und erhöhen die Kreisumlage.

Beides wird nicht reichen.

Doch mit der steigenden Kreisumlage werden die Kommunen massiv belastet und büßen eigene Haushaltsspielräume ein. Das Problem der kommunalen Unterfinanzierung wird also nach unten abgewälzt. Nur wenige Kommunen im Wetteraukreis sind noch finanziell stabil.

So! Was heißt das jetzt alles?

DIE LINKE. im Kreistag hat immer wieder gefordert, dass aus dem Wetteraukreis hörbarer Protest nach Berlin geht. Immerhin sind es Ihre Parteien, meine Damen und Herren, die diese Politik der kommunalen Unterfinanzierung fortlaufend betreiben und offensichtlich demnächst noch steigern werden!

Ganz kleiner Lichtblick: Heute steht mit TOP 10 ein FDP-Antrag zur Unterfinanzierung auf der Tagesordnung. Und es gibt inzwischen die Wetterauer Erklärung vom September 2024.

Die Freien Wähler hatten schon davor – im Sommer 2024 - im Kreistag auf die Schwalbacher Erklärung hingewiesen und fanden Zustimmung.

Dort heißt es sehr richtig:

„Wenn Bund und Länder uns hier weiterhin allein lassen, müssen wir uns auf der kommunalen Ebene buchstäblich kaputt sparen und die Kommunen müssen die Grund- und Gewerbesteuer immer höherschrauben, für Ausgaben, auf die wir gar keinen Einfluss haben. Das vermindert unsere Leistungsfähigkeit und sorgt für sinkendes Vertrauen in den Staat als Ganzes – und das gefährdet unsere Demokratie. Deshalb fordern wir gemeinsam, dass die kommunale Selbstverwaltung nicht zur Farce werden darf. Der Gesetzgeber muss jetzt handeln und die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen beheben!“

Aber ich sag es jetzt mal unverblümt: Haben Sie den Eindruck, irgendwer hört auf Ihre zaghaften Einwürfe? Und ich frage: Sind die denn überhaupt ernst gemeint?

Der Rheingau-Taunus-Kreis hat seine Resolution immerhin auf seiner Homepage veröffentlicht. Beim Wetteraukreis sucht man die „Wetterauer Erklärung“ völlig umsonst auf der Homepage.

Aber was allerdings viel wichtiger ist als eine Veröffentlichung auf der Homepage:

Der Politik des Bundes, die schlußendlich dazu führt, dass bei den Kommunen noch weiter gekürzt und eingespart werden wird, stellen Sie sich nicht wirklich und nicht wirksam entgegen.

Da reichen nämlich keine zart formulierten Erklärungen mehr.

Das Problem der Unterfinanzierung ist doch in Berlin nicht unbekannt – so dass man nur darauf aufmerksam machen müsste und dann wirds besser! Diese Unterfinanzierung wurde doch extra von Ihren Parteien herbeigeführt! Und diese Politik Ihrer Parteien ist für die Mehrheit der Menschen falsch, meine Damen und Herren!

Um das zu ändern müssten Sie 1. als Parteimitglieder, innerhalb Ihrer Parteien, mit wirklich großer Kraft Einfluss nehmen, dass das Geld nicht verschenkt wird, indem man auf eine Vermögenssteuer verzichtet.

Sie müssten 2. auf Gesetze drängen, dass reiche Erbschaften über 20 Millionen angemessen besteuert würden.

Sie müssten 3. die Verfolgung von Steuerflucht und Steuerkriminalität anmahnen und dass Steuer-oasen trocken gelegt werden. Das brächte selbst nach den sehr konservativen Berechnungen des Bundesfinanzministeriums zwischen 90 und 130 Milliarden Euro jährlich im Bundeshaushalt.

Sie müssten 4. für ein Investitionsprogramm eintreten, dass nicht aus Steuergeschenken für Hypervermögen und Konzerne besteht, sondern in die Infrastruktur und die öffentliche Daseinsvorsorge investiert – zum Beispiel in den Erhalt der öffentlichen Gesundheitsversorgung - und damit auch in unser Gesundheitszentrum Wetterau.

Doch da sind Sie ja kürzlich schon vor einer Beteiligung an der Klage des Kreiskrankenhauses Groß-Gerau zurückgeschreckt und lassen lieber andere für eine bessere Ausfinanzierung der Krankenhäuser kämpfen.

Und 5. müssten Sie ein Programm gegen Armut und einen armutsfesten Mindestlohn einfordern. Dann wären die von Ihnen - während dieser Haushaltslesungen - beklagten Sozialleistungen nicht mehr so teuer. Weil dann der Lohn zum Leben reichen würde und die Menschen im Niedriglohnssektor würden Steuern einzahlen statt beim Jobcenter aufzustocken. Das würde viel Geld sparen. Und die Renten wären armutsfest und es bräuchte weniger Geld für Grundsicherung im Alter.

6. müssten Sie unnachgiebig auf sozialen Wohnungsbau drängen. Wenn ein vereinbartes Bundes-Wohnungsbauprogramm über 400.000 Sozialwohnungen von ihren Parteien wieder gecancelt wird, müssten Sie einen Sturm der Entrüstung lostreten! Denn sie wissen genau: Hier vor Ort herrscht Wohnungsnot im unteren Preissegment und die Anzahl der Sozialwohnungen hat sich halbiert. Hier vor Ort explodieren die Mieten, weil der Markt nichts regelt!

Aber von Ihnen kommen bloß Drohbriefe und Abzockergebühren, die Geflüchtete unter Druck setzen, die keine Chance auf dem Wohnungsmarkt haben.

Und von Ihnen kommen Mietobergrenzen, die das Menschenrecht auf Wohnen aus Ihrer eigenen Verantwortung herauslösen und abwälzen auf die Leute ohne ausreichendes Einkommen. Selbst einen Mietendeckel fordern Sie nicht ein. Nichts. Nichts. Nichts.

Und natürlich schweigen Sie auch zu dem unerhörten Aufrüstungsprogramm Ihrer Parteien. Sie schweigen, wenn jetzt noch vor der Regierungsübergabe 200 Milliarden Euro an Kriegskrediten aufgenommen werden sollen – und für später angekündigt mindestens nochmal so viel.

Ich frage Sie: Wie soll die Unterfinanzierung des Wetteraukreises und des öffentlichen Gemeinwohls insgesamt angesichts dieses Wahnsinns weniger werden? Oder wenigstens der Status Quo erhalten bleiben? Warten Sie auf ein Wunder? Es gibt keine Wunder!!

Ihre Parteien meine Damen und Herren, fordern mehr als 2 Prozent vom BIP für Rüstung. Also mehr als 90 Milliarden Euro jährlich. Von 3 Prozent ist die Rede. Bei den Grünen von 3,5 Prozent.

Bei der AfD von 5 Prozent.

Mal abgesehen von der Kriegsgefahr, die mit dieser Hochrüstung einhergeht: Was bedeutet das? Das Bruttoinlandsprodukt – BIP – ist die Summe aller Waren und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres angeboten oder nachgefragt werden. Das deutsche BIP lag 2024 bei 4,3 Billionen Euro. Also über 4000 Milliarden Euro! Dann sind 3,5 Prozent mehr als 150 Milliarden Euro pro Jahr für Hochrüstung. Und 5 Prozent wären mehr als 215 Milliarden. Das ist dann beinahe die Hälfte des Staatshaushalts von 2024! 2024 betrug das Haushaltsvolumen 465,7 Milliarden Euro.

Das wäre reine Kriegswirtschaft. Das ist krank!

Und jeder, der nicht an dieser schweren Krankheit leidet, kennt die Folgen: Sozialabbau, Privatisierung öffentlichen Eigentums, Belastung der Bürger:innen!

Für die Mehrheit der Menschen bedeutet das: schlechtere Bildung, schlechtere Gesundheitsversorgung, schlechtere Infrastruktur. Es bedeutet den Abschied vom Klimaschutz und ganz sicher eine Schwächung der Zivilgesellschaft und der Demokratie.

Militarisierung der Gesellschaft und Demokratie vertragen sich nicht!

Sozialer Kahlschlag und Demokratie vertragen sich nicht!

Meine Damen und Herren,

man muss ja eigentlich froh sein, dass Sie mit diesem Haushalt noch große Investitionen aufrecht erhalten und bereit sind, dafür Schulden aufzunehmen.

Aber dass Sie diese Unterfinanzierung weiterhin bloß verwalten und hinnehmen, das ist nicht zu verstehen! Das halten wir nicht für zukunftsfähig! Nicht für verantwortungsvoll!

Meine Damen und Herren,

wir begrüßen den erneuten Beschluss des Kreistags für eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft und auch den ersten Schritt zu einer Förderrichtlinie für bezahlbaren Wohnraum. Wir begrüßen, dass Geld dafür in den Haushalt eingestellt wird.

Allein - uns fehlt der Glaube an eine weitere Entwicklung der WoBau hin zu einem Instrument, das wirklich wirkungsvoll was tut gegen die Wohnungsnot im unteren Preissegment.

Doch - es ist ein erster zarter Schritt und wir gehen ihn mit. Wir gehen alle Schritte in Richtung Engagement des Wetteraukreises für bezahlbaren Wohnraum mit. Auch wenn wir sehen, dass selbst bei dieser Förderrichtlinie gar nicht mit wesentlichen Antragstellungen gerechnet wird. Sonst könnte man die relativ geringe Summe von 2,1 Millionen nicht über Jahre ziehen.

Soll wirklich ernsthaft etwas gegen die Wohnungsnot unternommen werden oder wollen Sie die Kommunalwahlen überstehen? Das fragen wir uns natürlich.

Bis wirklich irgendwann gebaut wird, fließt sicher noch viel Wasser die Nidda herunter. So gemütlich geht es bei den Mietpreissteigerungen nicht zu!

Am 31. Dezember 2023 haben in Hessen rund 73 000 Haushalte Wohngeld bezogen. Das ergab eine Auswertung des Hessischen Statistischen Landesamts. Gegenüber 2022 stieg die Zahl der Wohngeldhaushalte um 71 Prozent oder rund 30.300 Haushalte. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch erhöhte sich um 56 Prozent: von 220 Euro auf 343 Euro.

So sieht die Realität aus: Nicht nur Menschen der untersten Einkommensschichten können sich Wohnen nicht mehr leisten. Wohnen macht arm.

Da muss bei der WoBau schon mehr Dampf rein!

Meine Damen und Herren,

auch die Trägerschaft des Wetteraukreises am GZW unterstützen wir. Wir erhoffen uns natürlich, dass damit das GZW dauerhaft solide aufstellt und eine öffentliche Gesundheitsversorgung weiterhin gesichert werden kann.

Doch Zweifel sind angebracht.

Die finanzielle Belastung für den Kreishaushalt ist hoch. Es mussten zusätzliche Kredite aufgenommen werden – fast 7 Millionen mehr als sowieso schon im Haushalt vorgesehen waren.

Und dazu muss der Wetteraukreis als Träger in den nächsten Jahren hohe Investitionssummen finanzieren. Sie selbst sprechen von insgesamt 45 Millionen Euro für die noch anstehenden Baumaßnahmen. Das ist kein Pappentitel.

Damit das GZW weiterhin in öffentlicher Hand bleibt und niemand auf Privatisierungsgedanken kommt, wäre nötig, dass Bund und Land für eine auskömmlich Refinanzierung der Krankenhäuser sorgen würden. Doch das wird kaum der Fall sein. Bei weiterer Unterfinanzierung ist absehbar, dass der Wetteraukreis an die Grenzen seiner finanziellen Belastbarkeit kommen wird.

Wir erinnern nochmal daran, dass hier viel politischer Einsatz nötig ist! Schon im Vorfeld und nicht, wenns dann zu spät ist.

So! Soweit zu den – aus unserer Sicht - wichtigsten Haushaltsfeldern.

Jetzt noch einige Ausführungen zu einigen anderen Punkten:

Zu den Grünen wollten wir eigentlich nichts sagen. Doch mussten wir jetzt mit Staunen einen

grünen Änderungsantrag zum Haushalt lesen, in dem gefordert wird, dass Transferaufwendungen um 1,25 Prozent reduziert werden sollen. Die Grünen wollen zum Beispiel in Bereichen kürzen, wie „Sicherheit des Lebensunterhalts“, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“, „Menschen mit Behinderung“, „Pflege“, „Jobcenter“, „Migration“ Unterhaltsvorschuss“, „Jugendhilfe“ usw. Wir sind natürlich dagegen. Zumal da ja eigentlich sowieso schon gekürzt wird. Denn man geht bei fast allen Kennzahlen in diesen Bereichen von gleichbleibenden Fallzahlen aus. Beim Jobcenter träumt man sogar von sinkenden Fallzahlen in den Jahren 2025 und 2026. Und das ist unrealistisch. Ist den Grünen nichts weniger Unsoziales eingefallen?

Wie wärs mit einer drastischen Verteuerung bei der Vergabe von Waffenscheinen? Kann ruhig richtig viel Geld sein! Oder wie wärs mit keiner Förderung von Privatgrundstücken beim Anschluss an Glasfaserkabel? Uns würde da auch noch mehr einfallen...

Und, meine Damen und Herren,

DIE LINKE. Fraktion kritisiert die Kreisspitze für ihr Verwaltungshandeln in Bezug auf Geflüchtete. Wir lehnen sowohl die Abzockergebühren für Flüchtlingsunterkünfte ab als auch die Einführung der Bezahlkarte, die Sie ohne Not für alle Geflüchteten umsetzen wollen und nicht nur für Neuzugänge. Beide Maßnahmen behindern Integration.

Die Gebühren werden fällig, wenn jemand arbeitet oder zum Jobcenter wechseln kann.

Das Jobcenter übernimmt Ihre horrenden Gebühren als Kosten der Unterkunft – bis weit über die geltenden Mietobergrenzen.

Was denken Sie sich eigentlich dabei, wenn Sie das Jobcenter beispielsweise für eine größere Familie 4400 Euro Unterkunftsgebühren zahlen lassen? Dafür könnte eine solche Familie ein wirklich tolles Haus mieten. Kann sie aber nicht! Denn die Mietobergrenzen liegen in dem Fall nur bei etwa über 1100 Euro. Und deswegen finden die nichts auf dem Wohnungsmarkt und verbleiben in der Flüchtlingsunterkunft.

Sie ärgern sich, weil wir das Abzockergebühren nennen? Es sind Abzockergebühren mit denen Sie das Jobcenter abzocken.

Weiterhin befördern Sie mit diesen Gebühren keine Arbeitsaufnahme. Verdient jemand genug, geht sein Geld gleich für horrenden Gebühren drauf. Die hohen Gebühren erschweren damit die Integration in Arbeit.

Ja und gänzlich unverständlich ist für uns Ihre Entscheidung alle Geflüchteten gleichermaßen in das System der Bezahlkarte zu zwingen. Sie nennen das „Gleichbehandlung“. Wir sagen dazu: „Ist Gleichbehandlung, wenn man alle gleich schlecht behandelt?“

Mit der Bezahlkarte fallen Möglichkeiten der Selbständigkeit und des sparsamen Wirtschaftens weg. Die Geflüchteten haben kein Konto mehr bei der Sparkasse. Sie haben nur 50 Euro Bargeld und können mit der Karte nicht auf dem Flohmarkt, im Second-Hand-Laden oder per Kleinanzeige einkaufen. In Notlagen können sie sich nicht mehr gegenseitig unterstützen.

Die beabsichtigten Ziele dieser schikanösen Bezahlkarte werden außerdem wohl kaum erreicht: Migration ist nicht zu verhindern. Zumindest nicht bei der derzeitigen Weltlage.

Die Flüchtlingszahlen werden auch nur dauerhaft sinken, wenn Fluchtursachen verringert werden: Keine Waffenlieferungen, keine Kriege, keine Umweltzerstörung, kein Rohstoffraub. Danach siehts gerade mal nicht aus, oder?

Zuletzt unseren Anträgen: Die ausführlicheren Begründung können Sie ja lesen.

Hier nur ganz kurz:

1. Wir halten daran fest, dass die kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft finanziell sehr viel besser ausgestattet werden muss, sollte sie zukünftig wirklich bauen können. Die 2,1 Millionen mögen für das Förderprogramm reichen – für eine wirkungsvolle Schaffung bezahlbaren Wohnraums reicht diese Summe nicht.

Stellen Sie deshalb das zehnfache in den Haushalt ein! Behandeln Sie diese Investitionen mit der Priorität, mit der Sie die Schulbauten behandeln!

Für bezahlbares Wohnen muss jetzt Geld in die Hand genommen werden!

2. Die Zahl der Obdachlosen steigt. Deshalb beantragen wir, dass sich der Wetteraukreis engagiert und Notunterkünfte schafft. Setzen Sie sich mit den Kommunen ins Benehmen, die eigentlich zuständig sind, deren Mittel für einen Obdachlosenschutz aber meist nicht ausreichen. Wir gehen davon aus, dass sich eine gemeinsame Lösung erreichen lässt, die der Wetteraukreis trägt.

3. Stocken Sie die öffentlichen Musikschulen des Wetteraukreises deutlich auf. Es soll die Möglichkeit geben, dass mit sozialen Gebühren auch Kinder von einkommensschwachen Familien Musikförderung erhalten können. Und die Lehrkräfte müssen nach Tarif bezahlt werden können. Ich bitte um Zustimmung für unsere Anträge!

Besten Dank an die Ersteller:innen dieses Haushalts! Wir wissen um diesen Kraftakt, der dahinter steckt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

CDU-Faktionsvorsitzender Wysocki verteidigte den Haushalt. Als Erstes machte er sich über den Sozialhaushalt her: Der steigt und steigt. Und da müssen Lösungen her!

Dass CDU-Lösungen keine Vermögenssteuer bedeuten und keine Senkung der Rüstungsausgaben, war zu erwarten. Wysocki würde gern bei der Jugendhilfe und beim Landeswohlfahrtsverband kürzen – also bei den Jugendämtern, der Erziehungsberatung und den Menschen mit Behinderungen.

Frau Jäger von der **SPD** reagierte auf die Kritik der Städte und Gemeinden: Die waren natürlich sauer, weil sie jetzt 3 Prozent mehr Umlage an den Wetteraukreis zahlen müssen (Kreisumlage bekommt der Wetteraukreis, weil er Aufgaben übernimmt, die auch den Kommunen nützen: Müllabfuhr, Schulen, Zulassungsstelle, Bauamt, soziale Dienste, usw. usw.). Jaaaa, findet Jäger, das ist jetzt nicht schön. Aber es ist halt so...

Die **Grünen** wollten den Rotstift ansetzen: 6 Millionen wollten sie einsparen und hatten dafür zahlreiche Kürzungsvorschläge gemacht. Unter anderem bei den Sozialleistungen. Wieso wir damit nicht einverstanden sind, steht in der Haushaltsrede oben.

Auch die **FDP** forderte Einsparungen. Ihr Wundermittel ist eine vollständige Digitalisierung.

„Ich kenne das aus der Wirtschaft“, ereiferte sich FDP-Mann Heidt. Wir wussten gar nicht, dass der selbständige Rechtsanwalt und Ex-Bundestagsabgeordnete mal in der Wirtschaft beschäftigt war. Die **AfD** sah vier Gründe für die schwierige Haushaltslage. Die Sozialleistungen sind zu hoch: Das Bürgergeld muss deshalb abgeschafft werden. Die Flüchtlinge kosten viel zu viel: Rückführungen

müssen verstärkt werden. Teure Klimaschutz-maßnahmen sind unnötig. Weg damit. Gleichberechtigung braucht man auch nicht. Das Geld für Gleichstellungsprojekte soll eingefroren werden.

Nur der Änderungsantrag der **Freien Wähler** würde wirklich deutliche Einsparungen bringen. Sie wollten, dass auf den Neubau einer Kreisverwaltung verzichtet wird. Ersparnis: mindestens 400 Millionen Euro. Das wurde natürlich von den anderen eifrigen Spar-Parteien abgelehnt.

DIE LINKE.: Drei Haushaltsanträge

1. Die kreiseigene **WoBau** muss finanziell so ausgestattet sein, dass sie auch Wohnraum schaffen kann. Das ist mit den 2,1 Millionen Euro, die zur Verfügung stehen nicht der Fall. Für den ersten Schritt – eine Förderrichtlinie zur Unterstützung privater Wohnraumschaffung – mag das ausreichen. Um selbst zu bauen reicht das keinesfalls! Wir fordern die zehnfache Summe.

Der Wohnungsbau muss die gleiche Priorität haben wie der Schulbau!

Hier ist unser Antrag zu finden: <https://die-linke-wetterau.de/haushalt-2025-2026-die-kreiseigene-wobau-finanziell-ausreichend-ausstatten/>

2. Die **Obdachlosigkeit** steigt. Eigentlich sind die Kommunen zuständig und müssen Notunterkünfte bereit halten. Das ist bei klammen Kassen nicht so einfach. Beim Wetteraukreis stehen Flüchtlingsunterkünfte leer. Wir wollen, dass eine solche Unterkunft umgewidmet wird.

Hier ist der Antrag mit Begründung: <https://die-linke-wetterau.de/haushalt-2025-2026-notunterkuenfte-bei-obdachlosigkeit/>

3. Die öffentlichen Wetterauer **Musikschulen** mussten bereits die Gebühren für den Unterricht erhöhen. Sie wollen aber, dass auch Kinder Musikförderung erhalten, die keine wohlhabenden Eltern haben. Für Sozialpreise braucht es aber eine höhere Förderung. Und auch ganz wichtig: Die Lehrkräfte sollen nach Tarif bezahlt werden! Wir haben eine höhere Förderung beantragt, was aber von allen anderen Parteien abgelehnt wurde. <https://die-linke-wetterau.de/haushalt-2025-2026-oeffentliche-musikschulen-besser-finanzieren/>

FDP-Antrag.: Novellierung der Hessischen Gemeindeordnung

Der Hessische Landtag überarbeitet derzeit die Hessische Gemeindeordnung. Geplant ist, das Auszählungsverfahren bei Wahlen wieder von „Hare-Niemeyer“ auf „d’Hondt“ zu ändern. Was heißt das? Die Art der Stimmauszählung bei d’Hondt rundet bei kleinen Parteien ab und bei großen auf. So würden nur noch größere Parteien in den kommunalen Parlamenten vertreten sein. Außerdem sollen Bürgerbegehren abgeschafft werden. Die Landesregierung verkauft diese Änderungen als Stärkung der Demokratie. Dann würden nämlich nicht mehr so viele Störungen stattfinden und Vorhaben könnten schneller durchgesetzt werden. Das soll angeblich den Bürger freuen.

Die FDP beantragte, dass der Kreistag diese Novellierung ablehnt. Sie beharrte auf Vielfalt und Einbeziehung der Bürger:innen in die Gestaltung des Gemeinwesens.

Wir haben das natürlich unterstützt.

CDU-Mann Appel verteidigte das Vorhaben der Landesregierung: Es betrifft ja nur die Linke. Und die vermisst hier sowieso keiner, oder?

Das war unsere Rede:

*Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
Opposition ist nicht Mist, sondern Bestandteil einer Demokratie. Ohne Opposition ist es keine Demokratie. Die CDU-Rede von eben zeigt: Es soll Opposition abgebaut werden.
Zwei Veränderungen hatten vor 20 Jahren die Möglichkeit geschaffen, dass ein großer Teil der Wähler:innen endlich auch parlamentarisch repräsentiert war: Die Abschaffung der 5%-Klausel bei kommunalen Wahlen und das Auszählungssystem nach Hare-Niemeyer.
Nicht nur, weil wir natürlich betroffen sind – sondern aus grundsätzlichen Überlegungen unterstützen wir diesen Antrag der FDP. Die bisherige Verfahrensweise hat überhaupt nichts mit „Zersplitterung“ zu tun und gar nichts mit einer Blockade von kommunalen Vertretungen.
Es hat etwas mit Meinungsfreiheit zu tun und Interessensausgleich. Beides halten wir für dringend nötig, wenns demokratisch sein soll.*

Anträge von FDP und AfD auf Unterstützung der Forderung des Landkreistages nach einer besseren Finanzierung der Kommunen

Die AfD wollte mit einer Resolution die Forderung des Präsidenten des Landkreistages unterstützen. Dieser hatte gefordert, dass der kommunale Anteil an der Umsatzsteuer erhöht werden solle.

Dazu stellte die FDP einen Änderungsantrag. Der Wetteraukreis solle der „Resolution der nordhessischen Landkreise“ beitreten. Und der Landrat solle bei den südhessischen Landkreisen um Unterstützung werben.

Wir haben für den FDP-Antrag gestimmt. Eine Verstärkung jeglichen Protests für bessere Kommunal Finanzen ist sinnvoll. Doch die Koalition aus SPD und CDU lehnte den Antrag ab.

Anträge von AfD und Heimat (NPD) für Zustrombegrenzung und Remigration

In einem Antrag wollte die AfD eine jährliche Erhebung der Bevölkerungsdaten. Warum?

Um die Flüchtlinge zu zählen. AfD-Frau Marel überbot sich in Vorurteilen: Ohne Migranten gäbe es keine Straftaten. Die Wohnungsnot wäre behoben. Es bräuchte auch nicht mehr so viele Fachkräfte! Denn wenn mehr Migranten kämen, würden die mehr Ärzte und Kindergärtnerinnen brauchen und das verstärke den Fachkräftemangel noch zusätzlich. Eine bestechende Logik!

Das war unsere Rede:

*Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren!
Es ist schon putzig, dass mehr Migration mehr Fachkräftemangel erzeugen soll. In welcher Welt lebt die AfD? Was wäre die Folge für unsere Gesellschaft, wenn der syrische Arzt, die äthiopische*

*Krankenpflegerin, die indische IT-Kraft oder der türkische Gastronom nicht mehr da wären?
Und dass es keine Straftaten ohne Migranten gäbe ist völlig absurd! Es wird bloß viel mehr über
migrantische Straftäter berichtet! Zwischen den Attentaten in Aschaffenburg und München gab es
fünf Messerattacken von Deutschen. Haben Sie davon etwas mitbekommen? Das wird nicht
hochgekocht. Und gerade habe ich in der Polizeistatistik gelesen, dass die rechtsextremen Straftaten
2024 einen Höchststand erreicht haben: 39.963 rechts motivierte Straftaten wurden bei der Polizei
registriert! Ich wiederhole: 39.963!! Was sagen Sie denn dazu??*

Der Antrag der Heimat wurde mehrheitlich abgelehnt. Sie wollten, dass der Kreisausschuss eine Remigrationskonferenz organisiert. Der Schwerpunkt sollte auf der Rückführung syrischer Flüchtlinge liegen.



*Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!
Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der Homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.*

Viele Grüße von Malin Potengowski, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber